

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1925

15.5.1925 (No. 112)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlsruher-
Straße Nr. 14
Preisnehmer:
Nr. 958
und 954
Postkonten:
Karlsruhe
Nr. 3515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Stichtanzeiger:
Chefredakteur
E. Kunz.
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 2,00 Goldmark einschließlich Postgebühren. — Einzelnummer 10 Goldpfennig, Samstags 15 Goldpfennig. — Anzeigengebühren 12 Goldpfennig für 1 mm Höhe und ein Siebenteil Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreduzierter Rabatt, der als Kassensatz gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Antizipale Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruherstraße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Lagerbeständen, zwangsweise Beitreibung und Kontostornos fallen der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von böser Gewalt, Streik, Exzesse, Aussperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in telephonischer Abstellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. — Für Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsabschluss erfolgen. — Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen.

Wirtschaftliche Umschau

In der Aufwertungsfrage ist durch Verhandlungen unter den Regierungsparteien ein Kompromiß erzielt worden, dessen Inhalt wir an anderer Stelle des Blattes mitteilen. Das wesentliche ist: Eine 25prozentige Hypothekenaufwertung, der Rückwirkungsstermin für bereits gelöste Hypotheken wird bis 15. Juni 1922 zurückverlegt, wobei eine Aufwertung in voller Höhe des Aufwertungsbeitrages stattfindet, Aufwertung der Industriebankobligationen für den Altbesitz gleichfalls auf 25% durch aus dem erzielten Reingewinn auszugebende Genussscheine, bei den Reichsanleihen usw. bleibt es bei 5 Prozent. Die Tilgung findet für den Altbesitz durch Auslösung zum doppelten Nennbetrag der Anleiheobligation zuzüglich 5 Prozent des Auslösungsbetrags für jedes Jahr seit dem Beginn der Ablösung statt. Die Tilgung soll innerhalb 30 Jahren durchgeführt werden, wobei allerdings das Zeitmaß von dem Ergebnis der Steuerreform und des Finanzgleiches abhängig gemacht werden. Da die Reichsregierung grundsätzlich zugestimmt hat, dürfte die Berliner Meldung zutreffend sein, daß die endgültige Verabschiedung des Aufwertungsbeitrages durch den Reichstag nun in absehbarer Zeit bevorsteht.

Die Aussprache über die Finanzreform lag im übrigen in den Ausschüssen. Zu der Forderung auf Heraushebung des Steuerzinses Einkommens bei der Lohnsteuer hat die Reichsregierung sich gestern bereit erklärt, einen steuerfreien Betrag von 80 M. monatlich (gegenwärtig 60 M.) und 2 Prozent Ermäßigung schon für das zweite Kind bei Einkommen bis zu 3000 Mark zu bewilligen. Die Wünsche der Parteien gingen weiter, die Sozialdemokraten verlangten die Grenze auf 100 M. festzusetzen. Die Lohnsteuer hat in den letzten Monaten durchschnittlich 125 Mill. pro Monat erbracht, was auf das Jahr umgerechnet, die Summe von 1 1/2 Milliarden ausmachen würde. Während im Aufwertungsansatz sich sämtliche Parteien prinzipiell für stärkere Heranziehung der Inflationsgewinne ausgesprochen hatten, um die Kosten der Aufwertung zu bestreiten und ein Antrag auf sofortige Vorlegung eines Inflationsgewinnsteuergesetzes angenommen worden war, hat gestern im Plenum des Reichstags dieser Gedanke praktisch durch die Ablehnung eines sozialdemokratischen Antrags auf sofortige Behandlung dieser Angelegenheit eine Niederlage erlitten. Freilich wird Deckung für die durch das Aufwertungskompromiß noch erheblich vermehrten Reichsausgaben gesucht werden müssen.

Das Reichsparlament hat zu Beginn der Woche ausführlich die Gesamtwirtschaftslage beim Etat des Reichswirtschaftsministeriums besprochen. Dieser hat dabei mitgeteilt, daß die neue sog. „kleine Zollvorlage“, welche endlich feste Grundlagen für die Anbahnung normaler Handelsbeziehungen mit dem Ausland schaffen soll, demnächst von der Reichsregierung verabschiedet werde. Über ihren Inhalt teilte der Minister allerdings nichts mit, insbesondere nichts über die strittige Frage, ob sie auch Agrarzölle enthalten werde. Ein besonderes Interesse an der baldigen Verabschiedung der Vorlage hat unsere Ausführungsindustrie, die seit Monaten immer dringender darnach ruft. Wird sie nicht bis zum Sommer Gesetz werden, dann wird der Abschluß der verschiedenen Handelsverträge weiter verzögert, der aus rein volkswirtschaftlichen Gründen so dringend zu wünschen wäre.

Eine Zolldebatte gab es vorgestern beim Etat des Reichswirtschaftsministeriums. Sie drehte sich in der Hauptsache um Schutzzölle für die Landwirtschaft. Während die Getreidepreise zurzeit erheblich (etwa um 1/2) über den Vorkriegspreis liegen, sind die Viehpreise teilweise sogar geringer, die Fleischpreise aber trotzdem erheblich höher, wie von verschiedenen Rednern ausgeführt wurde. Die Lage der Landwirtschaft wurde als sehr mißlich geschildert, sie habe bereits in dem einen Jahr nach der Inflation eine Schuldenlast von 3 Milliarden aufgestaut, für die sie aber mehr Zinsen zahlen müsse als für die Vorkriegsschuldenlast von 12 Milliarden. Von Gegnern der Agrarzölle wird geltend gemacht, daß diese im kleinen Zolltarif deshalb nicht enthalten zu sein brauchen, weil die Einführung der Agrarzölle vor der neuen Ernte auf keinen Fall erfolgen könne.

In der Aussprache beim Etat des Reichswirtschaftsministeriums wurde u. a. auch die kritische Kohlenlage behandelt, die freilich eine ganz andere ist als in der ersten Nachkriegszeit und der Zeit des Ruhrkampfes. Damals fehlte es an Kohlen, heute an ihrem Absatz. Der

Minister bestätigte, daß im Ruhrgebiet sich Kohlenbestände von 8 bis 10 Millionen Tonnen aufgehäuft haben. Während in der Vorkriegszeit die Ausfuhr von Ruhrkohlen einen gewichtigen Faktor für die deutsche Außenhandelsbilanz darstellte, herrscht heute im Ausland allerorten Überangebot an Kohlen, und Deutschland hat es sehr schwer, zu konkurrieren, zumal der Krieg fast überall einen Ausbau der Gruben und eine Stärkung ihrer Förderungsleistungen gebracht hat. Nicht zuletzt dürfte zum stockenden Kohlenabfuhr die enorm gesteigerte Ausnutzung der Wasserkraft im In- und Ausland beitragen, wobei als Beispiel auch angeführt sei, daß das an und für sich schon so wasserarme Norwegen durch die seit dem Kriege erst forcierte Ausnutzung der Spitzbergenkohle sich fast ganz unabhängig vom Ausland gemacht hat. Traurig ist infolge der vielen Feierlichkeiten und Stilllegungen auf den Zechen die Lage der Bergarbeiter. Es wäre dringend zu wünschen, daß die Renormierung des Kohlenpreises, das ja nun mit verringerten allgemeinen Aufwänden arbeitet, durch Senkung der Kohlenpreise eine Hebung des Absatzes bringe. Nicht nur die Steinkohle, sondern übrigens auch die Braunkohle ist eben so von der Absatzstörung betroffen.

Der Gesetzentwurf über die Umgestaltung der Rentenbank in ein landwirtschaftliches Kreditinstitut liegt jetzt dem Reichstag vor, die neue „Rentenbank-Kreditanstalt“ — wie sie heißen wird — soll ein von der Landwirtschaft getragenes und von ihr selbst verwaltetes Kreditinstitut werden, in dessen Verwaltungsrat allerdings auch Vertreter des Reichs sitzen werden. Die für die deutsche Rentenbank begründeten Grundschulden sollen nicht auf die Rentenbankkreditanstalt übergehen, sondern mit der Beendigung der Liquidation der deutschen Rentenbank erlöschen.

Die Rentenbank selbst, die den Beweis erbracht hat, daß wenigstens während eines gewissen Zeitraumes auch ohne Gold eine Währung stabil gehalten werden kann, war bekanntlich am 15. Nov. 1923 zur Schaffung einer stabilen deutschen Währung mit einer Grundriklage von insgesamt 3,2 Milliarden Mark, aufgebracht zur Hälfte von der Landwirtschaft, sowie dem Handel und der Industrie gegründet worden. Die Rentenbank hat ihre Aufgabe, als Zwischenschaltung zur neuen Goldwährung überzuleiten, voll erfüllt. Die Rentenbankfischeine dürfen bereits graue Zeit vor der im Liquidationsgesetz für die Rentenbank vorgesehenen sechsjährigen Frist aus dem Verkehr zurückgezogen sein. Die Zurückziehung der für Reichskredite in Höhe von 1,2 Milliarden ausgegebenen Rentenbankfischeine erfolgt durch einen Tilgungsfonds, der gespeist wird aus den Grenzschuldszinsen (jährlich 100 Millionen), wovon jedoch 25 Millionen für die zu gründende Kreditanstalt abgezweigt werden, aus den jährlichen Zahlungen des Reichs (60 Millionen) und dem Anteil des Reichs am Reingewinn der Reichsbank. Der erste Geschäftsbericht der Rentenbank weist einen Reingewinn von 181,1 Mill. auf, der sich aus den Grundschulden- und Umlagezinsen (133,1 Mill.) und den Zinsen aus Rentenbankdarlehen (68 Mill.) zusammensetzt. Die Einnahmen aus Grundschuldszinsen sind hinter der erwarteten Höhe zurückgeblieben, weil die Hälfte der am 1. Oktober fällig gewordenen Zinsen gestundet wurde. Industrie, Handel und sind an diesem Tage bekanntlich ausgegeben und ihnen wurde der Erlaß der Hälfte der Oktoberszinsen zugestimmt.

Gerüchte über bevorstehenden Rücktritt Chamberlains

Wien, 15. Mai. „Gassas“ bezeichnet ein Gerücht, das in Londoner konservativen Kreisen, die der Regierung ziemlich nahe stehen, umlause, wonach Austen Chamberlain demnächst seine Demission als Außenminister geben werde. Sein Nachfolger werde Lord Birkenhead sein. Man versichert, daß die Bündnispolitik mit Frankreich und Belgien, so wie sie Chamberlain vor zwei oder drei Monaten in Aussicht gestellt habe, und die vom Kolonialminister Amery stark bekämpft worden sei, niemals von der Mehrheit des Kabinetts angenommen worden sei. Auch habe der am Sonntag durch die „New York World“ veröffentlichte Text eines Memorandums die Stellung des Staatssekretärs im Foreign Office innerhalb des Kabinetts geschwächt. In offiziellen britischen Kreisen weigere man sich, zu diesem Gerücht Stellung zu nehmen und darüber irgend etwas zu äußern. Man müsse also das Gerücht mit allen möglichen notwendigen Vorbehalten aufnehmen. — Die Londoner „Daily News“ bemerkt dazu, wenn ein Rücktritt geschehen sollte, könnte es nur auf den Gesundheitszustand Chamberlains und nicht auf politische Gründe zurückzuführen sein.

Ein Kompromiß in der Aufwertungsfrage

Bereinigungen zwischen Regierungsparteien und Reichsregierung
Die Verhandlungen unter den Regierungsparteien haben zu Vereinbarungen in der Aufwertungsfrage geführt, wonach die beteiligten Reichstagsfraktionen, also die des Zentrums, der Deutschen Nationalen, der Deutschen Volkspartei, der Wirtschaftlichen Vereinigung und der Bayerischen Volkspartei sich verpflichteten, die gefassten Beschlüsse im Reichstag zu vertreten und keinerlei Abänderungsanträge zu stellen. Die Beschlüsse haben auch die grundsätzliche Zustimmung der Reichsregierung erhalten, die zurzeit bemüht ist, eine möglichst breite parlamentarische Grundlage für das neue Gesetz durch Verhandlungen mit den übrigen Parteien zu finden. Auch mit den Länderregierungen hat die Reichsregierung die Vereinbarungen bereits besprochen.

Der Inhalt der Vereinbarungen
Die vereinbarten Richtlinien enthalten folgendes:

1. Der Aufwertungsbeitrag (§ 2 des Aufwertungsbeitragsgesetzes) wird für alle Hypotheken und andere dingliche Rechte auf 25 v. H. erhöht.
2. Der Aufwertungsbeitrag von 25 v. H. ist ohne Unterscheidung zwischen Aufwertung und Zuzugaufwertung einheitlich in der alten Rangfolge des Rechts einzutragen.
3. Soweit der nach dem Verhältnis des berechtigten Beteiligungsbeitrages zum gegenwärtigen Grundstückswert herabgesetzte Goldmarkbetrag der ersten Hypothek deren Aufwertungsbeitrag übersteigt, ist dem Eigentümer eine Eigentümergrundschuld vorzuzahlen.
4. Der Rang der neu eingetragenen Reichsmarkhypotheken, Feingold-, Moggentzen- und anderen wertbehaltenden Hypotheken bleibt gewahrt.
5. Bezüglich der Verzinsung verbleibt es bei der Regierungsvorlage.
6. Der Rückwirkungsstermin wird bis zum 15. Juni 1922 zurückverlegt. Dabei ist die Härteausgleich zweifelsfrei zu erweitern.
7. Bei der Rückwirkung findet die Aufwertung nicht nur zur Hälfte, sondern in voller Höhe des Aufwertungsbeitrages statt.
8. Der Aufwertungsbeitrag der Industrie-Obligationsanleihe wird für die Altbesitzer, d. h. für Personen, die bereits am 1. Juli 1920 Inhaber der Obligationen waren, um 10 Prozent auf 25 Prozent erhöht. Die Erhöhung des Aufwertungsbeitrages um 10 Prozent wird in der Form von Genussscheinen gewährt, die folgende Rechte haben: Nachdem vom Reingewinn zunächst ein Betrag von 6 Prozent an die Aktionäre als Dividende ausgeschüttet ist, wird der diesen Betrag übersteigende Reingewinn in folgender Weise verteilt: Bei jedem Prozent überdividende auf die Aktien müssen 2 Prozent auf die Genussscheine verwandt werden bis zu einem Höchstbetrage von 6 Prozent des Betrages, auf den die Genussscheine lauten. Von den auf die Genussscheine entfallenden Beträgen werden Ausschüttungen auf die Genussscheine in Höhe der alten Zinssätze der Obligationen gemacht. Der verbleibende Rest wird zu Auslösungen zu Pari verwandt, die mindestens jedes zweite Jahr erfolgen müssen. Die erhöhte Aufwertung kommt auch den Altbesitzern zugute, deren Obligationen nach dem 14. Februar 1924 eingelöst worden sind. Im übrigen findet eine Rückwirkung bei der Aufwertung von Industrieobligationen nicht statt.
9. Entsprechend der Höheraufwertung der Hypotheken auf 25 v. H. erhöht sich auch das im § 12 Abs. 1 des Entwurfs vorgesehene Maß für die Aufwertung anderer Vermögensanlagen auf 25 v. H.

10. Die Anleihen des Reichs werden durch eine neue Anleihe zum Satz von 5 v. H. abgelöst. Der Teil der Ablösungsanleihe, welcher gegen Markanleihen alten Bestandes ausgegeben ist, wird durch Auslösung vom doppelten Nennbetrag (anstelle des einfachen) zuzüglich 5 v. H. des Auslösungsbetrages für jedes Jahr seit dem Beginn der Auslösung getilgt. Diese Tilgung soll innerhalb 30 Jahren (statt 40 Jahren) durchgeführt werden, sofern das Ergebnis der schwebenden Verhandlungen über die Steuerreform, den Finanzausgleich und den Reichshaushalt dies unmöglich macht. Die in der Regierungsvorlage vorgesehene Anleiherente fällt fort. Die Verzugsrente für die bedürftigen Anleihebesitzer bleibt bestehen.
11. Die Markanleihen der Länder werden in der gleichen Weise behandelt wie die Anleihen des Reichs.
12. Die Markanleihen der Gemeinden und Gemeindeverbände werden durch neue Anleihen zum Satz von 5 v. H. abgelöst. Der Teil der Ablösungsanleihe, welcher gegen Markanleihen alten Bestandes ausgegeben ist, wird durch Auslösung zum einfachen, sondern zum zweieinhalbfachen Nennbetrag zuzüglich 5 v. H. des Auslösungsbetrages für jedes Jahr seit dem Beginn der Auslösung getilgt. Die Tilgungsdauer beträgt nach näherer Festsetzung der obersten Landesbehörde 20 bis 30 Jahre. Die Gemeindeaufsichtsbehörde kann einen Treuhänder zur Wahrnehmung der Interessen der Anleihegläubiger bestellen. Auf Antrag der Gemeinde oder eines Anleihegläubigers oder des Treuhänders ist der feste Rückzahlungsbetrag bis auf 25 v. H. des Nennbetrages der abzulösenden Markanleihen zu erhöhen, sofern dies dem Anleihegläubiger nach seiner finanziellen Leistungsfähigkeit und unter Berücksichtigung seiner öffentlichen Aufgaben zugemutet werden kann. Die Entscheidung über den Antrag erfolgt durch die

Mit der Weisung: 32. öffentliche Sitzung über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

von der obersten Landesbehörde zu bestimmende Stelle. Gegen deren Entscheidung ist die Beschwerde an einer von der obersten Landesbehörde zu bestimmenden Beschwerdeinstanz innerhalb einer Frist von einem Monat zulässig. Über die Unterscheidung zwischen Gemeindefällen alten und neuen Gesetzes Bestimmungen zu treffen, bleibt den Ländern vorbehalten.

Die Berliner Presse über das Aufwertungskompromiß
Die „Kreuzzeitung“ schreibt, die Aufwertung entspräche gewiß nicht allen Anforderungen und Wünschen der Gläubiger, welche auf der anderen Seite für die Schuldnerkreise schwere Lasten in sich schließe. Es sei aber der einzige Weg, in absehbarer Zeit zu einer geschlichen Regelung zu kommen, welche den geschädigten Gläubigern Vorteile in Form fester Rechtsansprüche gewährt. Mehr und mehr wird sich herausstellen, daß diese Vorteile sehr bedeutend sind und viele Erwartungen weit übersteigen.

Der „Volkswagen“ sagt: Die Parteien, die das Aufwertungskompromiß beschlossen haben, sind dabei ohne Zweifel von der Notwendigkeit ausgegangen, geschicktes Unrecht, so gut es noch geht, wieder zu beseitigen. Treu und Glauben im öffentlichen und privaten Geschäftsverkehr wieder zur Geltung zu bringen, dabei aber die Wirtschaft, die schwer um ihr Dasein zu ringen hat, nicht von neuem aus dem Gleichgewicht zu werfen und ebenso die öffentlichen Finanzen nicht über das Maß hinaus zu belasten, das die Regierung im Augenblick mit gutem Gewissen auf sich nehmen kann.

In der „Germania“ wird unterstrichen, daß es bei der Regelung der Aufwertungsfrage vor allem darauf ankommt, die Belastung der Wirtschaft durch die Aufwertung tragbar zu gestalten. Die getriggen Vereinbarungen bedeuteten einen wesentlichen Schritt vorwärts.

Deutscher Reichstag

BRN. Berlin, 14. Mai.

Nachdem Präsident Lohbe des Ablebens des Abg. Ziefert (Dp.) gedacht hatte, und die Abgeordneten sich zu Ehren des Verstorbenen von ihren Plätzen erhoben hatten, tritt das Haus in die

Beratung der internationalen Arbeiterabkommen

ein.
Abg. Lambach (Dn.) erklärt, daß seine Fraktion dem Washingtoner Abkommen über die Arbeitslosigkeit, dem Genuefer Abkommen über die Stellenvermittlung der Seeleute und dem Genfer Abkommen für Koalitionsrecht und Entschädigung der Landarbeiter zustimmen werde, weil dadurch keine Änderung der deutschen Gesetze herbeigeführt werde. Bezüglich des Gesetzes über den Verwaltungsrat des internationalen Arbeitsamtes, in dem Deutschland noch nicht vollwertig vertreten sei, müsse die Regierung darauf dringen, daß auch die deutsche Sprache dort als Amtssprache gleichwertig anerkannt wird (Zustimmung). Der Redner setzt sich dann dafür ein, daß nicht bestimmte Gewerkschaften, sondern alle Arbeitnehmer und auch die Arbeitgeber im Verwaltungsrat vollwertig vertreten sein müßten. Im übrigen komme diesem Abkommen außerpolitisch gar keine große Bedeutung zu, weil die sozialpolitischen Bestimmungen des Verfallener Vertrages von den Feindstaaten nicht ernst genommen würden, was schon daraus hervorgeht, daß noch nicht 10 Staaten die Entwürfe ratifiziert hätten. Das deutsche Prestige würde nur noch steigen, wenn sich Deutschland mit der Ratifizierung nicht so sehr beeilt.

Abg. Häbel (Komm.) erklärt, obwohl die Kommunisten einer internationalen Partei angehören, lehnen sie das internationale Arbeitsamt ab, weil es nur zur Täuschung der Arbeiterklasse bestimmt sei. Diese Tendenz gehe schon daraus hervor, daß im Verwaltungsrat die Arbeitnehmer nur mit einem Viertel der Stimmen vertreten seien. Dem Washingtoner Abkommen über die Arbeitslosigkeit gibt Häbel seine Zustimmung.

Abg. Erkelenz (Dem.) meint, die Gegnerschaft gegen die Reparationsbestimmungen des Friedensvertrages würde zu unrecht übertragen auf den Teil des Vertrages, der sozialpolitische Bestimmungen enthält, die schon Jahrzehntelang von sozialen Politikern gefordert wurden. Der Redner befürwortet die vorliegenden internationalen Arbeiterabkommen. Es sei bedauerlich, daß man deutschseits nicht schon eher an das internationale Arbeitsamt herangetreten sei. Daraus erkläre sich auch, daß die besten Plätze bereits besetzt seien. Deutschland komme leider immer zu spät. Das habe sich schon früher bei dem Kolonialerwerb gezeigt. Internationale sozialpolitische Abkommen und Kongresse, die demnächst in Genf stattfinden, müßten auch von Deutschland zu propagandistischen Zwecken ausgenutzt werden.

Abg. Thiel (D. Vp.) meint, daß der von Erkelenz vorgeschlagene Weg für Deutschland nicht dankbar sei, weil das Zurückstellen dem deutschen Wesen widerspreche. Demgegenüber müsse Deutschland vor allen Dingen darauf drängen, daß es als gleichberechtigtes Land behandelt werde.

In der Abstimmung nimmt das Haus sämtliche vorliegenden internationalen Abkommen an, ebenso einige Entschädigungsbestimmungen, die die Regierung auffordern, für die gleichberechtigte Behandlung Deutschlands erneut einzutreten.

Abg. Keil (Soz.) beantragt, auf die Tagesordnung der morgigen Sitzung den Antrag des Aufwertungskomitees zu setzen, demzufolge die Regierung ersucht wird, baldigst einen Gesetzentwurf vorzulegen, der im Interesse der Aufwertung eine

Sonderbesteuerung der neuvermehrten Vermögen sowie derjenigen Vermögen, die während der Inflation entstanden sind, vorseht.

Es entspinnt sich über diesen Antrag eine lebhaftere Auseinandersetzung, in der Abg. Schulz-Bromberg (Dn.) den Vorschlag macht, den Antrag auf Sonderbesteuerung dem Steuerauschuß zu überweisen. Nach weiterer lebhafter und lachender Tagesordnungsdebatte wird der Antrag Keil (S.), den erwähnten Antrag des Aufwertungskomitees auf die Tagesordnung der morgigen Sitzung zu setzen, zur Abstimmung gebracht, deren Ergebnis zweifelhaft ist.

Die Kommunisten, Sozialdemokraten, Demokraten und zwei Zentrumvertreter, sowie die völkischen Stimmen dafür, das übrige Zentrum, die Deutsche Volkspartei, Wirtschaftliche Vereinigung, Nationalsozialisten und Deutschnationale stimmen gegen den Antrag.

Es folgt eine Abstimmung im Hainmelsprung. Das Ergebnis ist 148 Ja-Stimmen, 155 Nein-Stimmen. Der Antrag Keil ist also mit 7 Stimmen Mehrheit abgelehnt worden.

Dann verläßt sich das Haus auf Freitag 2 Uhr. Tagesordnung: Weiterberatung des Haushalts des Ernährungsministeriums und des Haushalts für die Ausführung des Friedensvertrages. Schluß 3/4 Uhr.

Ausgang des Großhandelsindex. Die auf den Stichtag des 13. Mai berechnete Großhandelsindexziffer des Statistischen Reichsamtes ist gegenüber dem Stand vom 6. Mai um 0,3 v. H. auf 131,3 zurückgegangen.

Endgültiges Ergebnis der Reichspräsidentenwahl.

Das amtliche endgültige Ergebnis der Reichspräsidentenwahl im Einzelnen geht aus der nachstehenden Tabelle hervor. Nach den Schlusssiften wurden von 38.928.957 Stimmberechtigten 30.351.943 gültige und 216.051 ungültige Stimmen gleich 77,5 v. H. abgegeben, von denen erzielten: Hindenburg 14.655.766, Marx 13.751.615, Thälmann 1.931.151, während 13.416 Stimmen gesperrt waren. Das Ergebnis in den einzelnen Wahlkreisen ist folgendes:

Nr.	Wahlkreis	Wahlbeteiligung v. H.	Gesamtresultat auf								
			Hindenburg		Marx		Thälmann		gesperrt		
			überhaupt	v. H.	überhaupt	v. H.	überhaupt	v. H.	überhaupt	v. H.	
1.	Ostpreußen	81,4	715.093	66,9	302.740	28,3	50.344	4,7	669	0,1	
2.	Berlin	81,4	384.361	32,5	654.487	55,3	144.879	12,2	111	0,01	
3.	Potsdam II	81,9	427.358	44,2	467.706	48,4	71.206	7,4	187	0,02	
4.	Potsdam I	80,7	464.682	49,2	403.596	42,8	75.722	8,0	311	0,03	
5.	Franckfurt (Ober)	83,9	532.597	61,5	307.914	35,5	25.513	3,0	347	0,04	
6.	Hannover	80,9	656.815	71,1	224.486	24,3	42.276	4,6	452	0,04	
7.	Breslau	83,7	451.792	45,4	520.907	52,3	23.335	2,3	317	0,03	
8.	Liegnitz	83,2	321.295	50,5	298.431	46,9	16.629	2,6	231	0,04	
9.	Oppeln	71,8	224.914	39,8	293.213	51,9	46.041	8,2	307	0,1	
10.	Magdeburg	87,9	485.357	52,2	404.361	43,5	39.584	4,3	296	0,03	
11.	Merseburg	80,9	411.234	57,4	164.671	23,0	140.153	19,6	306	0,04	
12.	Thüringen	80,5	621.652	55,2	393.621	34,9	110.108	9,8	590	0,1	
13.	Schleswig-Holstein	78,5	478.509	59,8	283.379	35,4	38.177	4,7	427	0,1	
14.	Westf.-Ems	79,8	335.057	47,0	355.237	49,8	23.090	3,2	263	0,04	
15.	Ostbannover	81,1	336.885	64,1	172.725	32,8	16.026	3,0	301	0,1	
16.	Südbannover-Braunschweig	85,1	540.077	50,9	488.544	46,1	31.226	3,0	331	0,03	
17.	Westfalen-Nord	83,0	389.507	35,5	660.770	60,1	48.267	4,4	392	0,04	
18.	Westfalen-Süd	79,1	461.725	35,7	737.311	57,0	94.922	7,3	345	0,03	
19.	Hessau-Nassau	77,9	546.580	45,0	622.037	51,2	46.562	3,8	509	0,04	
20.	Rhein-Lahn	69,3	212.795	22,8	670.238	72,0	48.278	5,2	307	0,03	
21.	Koblenz-Trier	73,1	166.151	30,6	362.622	66,7	14.015	2,6	415	0,1	
22.	Düsseldorf-Ost	73,6	410.464	41,1	441.654	42,2	147.527	14,7	173	0,02	
23.	Düsseldorf-West	73,6	252.830	32,8	435.808	59,2	61.165	8,0	209	0,03	
24.	Oberbannern-Schwaben	63,0	630.348	65,4	306.161	31,8	26.549	2,7	538	0,1	
25.	Niederbannern	49,3	260.721	68,0	113.543	29,6	8.736	2,3	542	0,1	
26.	Franken	73,7	673.243	58,7	447.529	39,0	25.769	2,3	535	0,04	
27.	Wfalz	65,9	166.873	45,3	179.232	48,6	22.188	6,0	169	0,01	
28.	Dresden-Bautzen	81,6	511.213	51,5	416.086	41,9	65.148	6,6	411	0,04	
29.	Leipzig	81,4	332.075	48,0	276.464	40,0	82.206	11,9	530	0,1	
30.	Sachsen-Zwickau	79,3	490.277	53,6	284.600	31,1	138.647	15,2	733	0,1	
31.	Württemberg	73,4	544.104	45,7	588.027	49,4	57.056	4,8	660	0,1	
32.	Baden	73,7	375.272	35,6	635.787	60,4	41.578	3,9	739	0,1	
33.	Hessen-Darmstadt	77,0	274.384	41,3	366.321	55,2	22.998	3,5	184	0,03	
34.	Hamburg	78,2	294.156	45,6	281.312	43,6	68.718	10,7	403	0,1	
35.	Mecklenburg	81,3	275.170	59,6	170.142	36,8	16.633	3,6	173	0,04	
Gesamtsumme:			77,5	14.655.766	48,3	13.751.615	45,3	1.931.151	6,4	13.416	0,04

Zum Amtsantritt Hindenburgs

Weitere Empfänge

Der Reichspräsident hat Donnerstag 12 Uhr mittags die Glückwünsche der in Berlin desgläubigten fremden Missionen entgegen genommen. Hierbei hielt der Dozent des Dipl. Korps, der apost. Nuntius Mgr. Bacelli in französischer Sprache eine Ansprache, in der er im Namen des Dipl. Korps dem neuen Reichspräsidenten die aufrichtigen und ehrerbietigen Glückwünsche darbrachte. Wir hegen den Wunsch, daß unter Ihrer weisen Führung die deutsche Nation im Innern nicht allein ihre materielle Wohlfahrt, ihre Arbeits- und Produktionsfähigkeit, sondern auch die Güter höherer Ordnung zur Mitte bringen möge, welche die sichere Gewähr für die Zivilisation und den Fortschritt der menschlichen Gesellschaft bieten. Wir wünschen, daß unter Ihrer höchsten Leitung der deutsche Staat nach außen hin seine Beziehungen zu den anderen Völkern befestigen möge und mit uns der großen Sache der Weltbefriedigung diene. — Der Reichspräsident führte in seiner Erwiderung u. a. aus, daß die ausgesprochenen Gedanken der Entwicklung aller Elemente des menschlichen Fortschritts in vollem Maße wichtig. Wer an die Spitze eines großen Volkes berufen sei, könne keinen höheren Wunsch haben, als den sein Volk in Frieden und Gleichberechtigung an den Aufgaben der Welt mitwirken zu sehen. — Darauf zog der Reichspräsident den Apostolischen Nuntius in ein Gespräch und nahm die Vorstellung der Vorkämpfer, Seher und Geschäftsträger entgegen. Beim Empfang waren Reichsaustausler Dr. Luther, Reichsminister des Auswärtigen Dr. Stresemann, sowie die Staatssekretäre von Schubert und Dr. Reizner zugegen.

Der Reichspräsident empfing am Donnerstag auch die Staatssekretäre des Reiches. In ihrem Namen richtete Staatssekretär Dr. Joel (Reichsjustizminister) eine Ansprache an den Reichspräsidenten. Dieser dankte und erklärte, er sei überzeugt, daß der Staatssekretär auch in Zukunft mit dem Beispiel pflichttreuer Arbeit der Beamenschaft voranzugehen werde.

Gegenbesuche Hindenburgs

Hindenburg stiftete Donnerstag nachmittag um halb 5 Uhr dem Reichstagspräsidenten im Hause des Präsidenten des Reichstags einen Gegenbesuch ab. Er wurde vom Präsidenten Lohbe, dem Vizepräsidenten Bell und Graef und den Schriftführern und Schriftführerinnen des Reichstags empfangen und begrüßt.

Im Laufe der zwanglosen Unterhaltung fragte Reichstagspräsident Lohbe den Reichspräsidenten nach dem Schicksal der Vorbereitung befindlichen Amnestie. Die Antwort Hindenburgs lautete dahin, daß die Verhandlungen mit den Ländern und den einzelnen Reichsteilen noch nicht abgeschlossen seien und daher das Reichskabinett noch nicht Beschlüsse gefaßt habe. Der Reichstagspräsident brachte dann die Sprache auf die Heimatausstellung in Berlin. Hindenburg erklärte, daß er über die Art der Heimarbeit schon durch die Abgeordnete Frau Dr. Behm informiert worden sei. Das Gespräch dreifte ferner das Deutsche Museum in München. Der Reichspräsident gab der Hoffnung Ausdruck, daß es ihm möglich sein werde, dem Museum einen Besuch abzustatten.

Um 5 Uhr erwiderte der Reichspräsident den Besuch der Vertretung des Reichsrats im Hause des preussischen Staatsministeriums, wo ihn der preussische Ministerpräsident Braun mit Staatssekretär Weismann und den Geheimräten und Bevollmächtigten der Länder zu empfangen. Sowohl am nächsten Tag wie in der Wilhelmstraße wurde der Reichspräsident von der Bevölkerung lebhaft begrüßt.

Der Reichsparteivorstand des Zentrums schloß am Donnerstag nachmittag seine Beratungen über die politische Lage ab und veröffentlichte eine Kundgebung, welche dem Reichstagsleiter a. D. Dr. Marx für seinen hingebungsollen Dienst an Volk und Vaterland besonderen Dank und Anerkennung ausspricht. Die Kundgebung begründet dann die von der Partei eingeschlagene Taktik anlässlich der Reichspräsidentenwahl und betont ihren Charakter als Mittelpartei. Es gelte die Einheit von Volk und Reich zu pflegen, Rhein und Ruhr der Erlösung und die gesamte Nation der Freiheit zuzuführen.

Austritt Reits aus der deutschnationalen Fraktion. Der deutschnationale Reichstagsabgeordnete Oberlandesgerichtspräsident a. D. Dr. West-Darmstadt, ein Vorkämpfer der individuellen Aufwertung, beabsichtigt, aus der deutschnationalen Reichstagsfraktion auszutreten und sich als Kandidat der völkischen Vereinigung anzuschließen.

Politische Neuigkeiten

Ein bayerischer Gesetzentwurf über die Pflichten der Abgeordneten

Die bayerische Staatsregierung brachte im Landtag einen Gesetzentwurf zur Änderung einzelner Paragraphen der Verfassung ein. Die wichtigsten Bestimmungen der Vorlage sind, daß auf Verzicht der Mitgliedschaft des Landtages zu erkennen ist, wenn Abgeordnete in gewinnbringender Absicht ihren Einfluß als Abgeordnete mißbrauchen, wenn Abgeordnete vorzüglich geheime oder vertrauliche Mitteilungen aus der Plenar- oder den Ausschüssen unter Verletzung der Schweigepflicht zur Kenntnis der anderen bringen; wenn Abgeordnete wegen Sach- oder Landesverrats oder Verrats militärischer Geheimnisse rechtskräftig verurteilt wurden, oder wenn sie an einer gewaltsamen Änderung der Verfassung des Deutschen Reiches oder des Freistaates Bayern zum Gehorham gegen andere verpflichtet sind. In der Begründung wird ausgeführt, daß die Regierung das Verbot der Übernahme von Auftragsarbeiten praktisch für unbrauchbar hält, dagegen soll ein Mißbrauch solcher Verbindungen durch Gesetzentwurf verhindert werden.

Arbeitszeit und Urlaub der Jugendlichen

Der Ausschuss der deutschen Jugendverbände in Berlin als Vertreter von siebenzig Reichsjugendverbänden aller Richtungen mit über 3,5 Millionen jugendlichen Mitgliedern, hat sich mit dem Urlaub und der Arbeitszeit für erwerbstätige Jugendliche beschäftigt und mehrere Entschlüsse für diese Fragen angenommen. Darunter befindet sich eine, in der es heißt: Der Ausschuss der deutschen Jugendverbände hält die gesetzliche Einführung von Ferien für die erwerbstätigen Jugendlichen für eine dringende Notwendigkeit und ersucht die Reichsregierung, die drei Wochen bezahlte Ferien für erwerbstätige Jugendliche unter je sechs Jahren und zwei Wochen bezahlte Ferien für erwerbstätige Jugendliche zwischen sechs und acht Jahren gewährt. Zur Arbeitszeitfrage wurde einstimmig eine Entschlüsse angenommen, die die gegenwärtige Regelung der Arbeitszeitfrage, nach der für die Lehrlinge, die jugendlichen Arbeiter und Angestellten eine mehr als zehnjährige Tagesarbeit in den Betrieben in Frage kommt, mit Rücksicht auf die körperliche und geistige Entwicklung der Jugend und ihre gesamten Lebensverhältnisse für untragbar erklärt. Er hält den baldigen Erlass eines Arbeitszeitgesetzes, das die Interessen der jugendlichen Arbeiter und Angestellten genügend berücksichtigt, für unerlässlich. In dem Gesetzentwurf müßte die Festsetzung einer Arbeitswoche von höchstens 48 Stunden, sowie das Verbot der Nachtarbeit für Jugendliche und der Beginn der sonntäglichen Arbeitsruhe bereits am Samstag mittag usw. enthalten sein. — Während der Herbst stattfindenden öffentlichen Tagung des Ausschusses der deutschen Jugendverbände werden diese Fragen eingehend behandelt werden.

Zur Lage in Preußen. Ueber die Haltung der sozialdemokratischen Partei zur Preußenfrage schreibt der „Sozialdemokratische Beobachter“, daß von einer Erweiterung der Regierung in Preußen im Augenblick keine Rede sein könne. Der Ministerpräsident Braun noch der interfraktionellen Ausschuss der Koalitionsparteien hätten bisher zu einer Erweiterung des Kabinetts Stellung genommen. Falsch seien auch Angaben über Veränderungen im Kabinett, insbesondere über die Rücktrittsabsichten Severings. — Der preussische Landtag hat sich auf den 9. Juni verlagert.

Zur Anschlussfrage. Der Gemeinderat Graz (Steiermark), hat einen von den Großdeutschen eingebrachten Dringlichkeitsantrag angenommen, in dem die österreichische Bundesregierung aufgefordert wird, bei der nächsten Tagung des Völkerrates über die Vereinigung Österreichs mit Deutschland zu verhandeln. Ferner wurde ein Dringlichkeitsantrag angenommen, wonach der Statrat an die Bundesregierung mit dem dringenden Ersuchen herantraten soll, die mit Deutschland gepflogenen, derzeit verlagten Verhandlungen über die Abschlusssache des Südwestens wieder aufzunehmen und eine befriedigende Lösung zuzuführen.

Einzug der Reichswehr in Weimar. Mit klingendem Spiel hielt am Donnerstag die neue Garnison Weimar, der Stab der 3. Kavalleriebrigade und die 6. und 7. Kompanie des Reichswehregiments 15 ihren Einzug in die festlich geschmückte thüringische Landeshauptstadt. Auf dem Marktplatz vor dem Rathaus wurden die Truppen von den Spitzen der Staats- und städtischen Behörden empfangen. Oberbürgermeister Dr. Müller hieß im Namen der Stadt die neue Garnison herzlich willkommen. Staatsminister Dr. Reuther feierte die Reichswehr als Nachfolgerin des alten Heeres.

Neue Vertagung der Völkervereinigung. Die für heute, Freitag vormittag festgesetzte Sitzung der Völkervereinigung ist auf nächste Woche vertagt worden. Ein genauer Termin ist noch nicht festgesetzt. Die französischen Vorschläge in der Räumungs- und Entwaffnungsfrage liegen zurzeit in London vor, wo sie geprüft werden. Die Meldung aus englischer Quelle, nach der es zur Regelung der Sicherheits- und Entwaffnungsfrage notwendig sein werde, eine interalliierte Konferenz abzuhalten, an der auch Deutschland teilnehmen solle, wird in Paris dementiert.

Kurze Nachrichten

Ein Artikel gegen Hindenburg als Ehrenfaktor der Technischen Hochschule von Hannover, den Professor Dr. Reffing in einem technischen Blatte veröffentlicht hatte, hat unter der Studentenchaft der Hochschule ungeheure Erregung verursacht. Die Studenten belagerten den Hörsaal des Professors Dr. Reffing, so daß dieser es vorzog, zu der Vorlesung nicht zu erscheinen.

Verbote Ludendorff-Vorstellung. Die für den 16. bis 18. Mai beabsichtigte Fahnweihede des Frontkriegerbundes Bamberg, der auch Ludendorff sein Kommen in Aussicht gestellt hatte, ist von der Regierung in Oberfranken verboten worden. Gegen das Verbot ist Beschwerde beim Staatsministerium des Innern eingelegt worden.

Bedeutende französische Streitkräfte für Marokko. Wie der „Matin“ meldet, werden in sehr kurzer Zeit bedeutende Truppenkontingente aus allen französischen Garnisonen nach Marokko abgehen.

Badischer Teil

Die Reichsbahn

Es wird uns von Seiten der Reichsbahndirektion Karlsruhe geschrieben: Die von einer Berliner Korrespondenz verbreitete Nachricht, daß bei der letzten Besprechung der Präsidenten der Reichsbahndirektionen in Berlin ein weiterer Personalabbau von 30 000 Köpfen bekannt gegeben worden sei, ist unzutreffend. Herr Staatssekretär Stieler hat in seiner Ausführung vielmehr wörtlich gesagt:

„Es ist nicht richtig, daß in der letzten Zeit eine Maßnahme getroffen worden ist, um den Personalabbau weiter zu betreiben, wie die Presse verbreitet.“ Ebenso ist die Behauptung falsch, daß die Zahlung von Pensions- und Wartegeldern grundsätzlich vermieden werden muß.

Die Besprechung der Präsidenten der Reichsbahndirektionen mit der Hauptverwaltung der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft hatte vielmehr den Hauptzweck, die Realitäten über die Lage der Reichsbahn genau aufzuklären, besonders damit sie in der Lage sind, auf Grund persönlicher Orientierung ihre Geschäfte zu führen und in der Öffentlichkeit aufklärend zu wirken.

Darlehen für den Bau von Landarbeiterwohnungen

F. A. Die im letzten Rechnungsjahre können bis auf weiteres auch im Rechnungsjahre 1925/26 für den Bau von Landarbeiterwohnungen Darlehen aus Mitteln der produktiven Erwerbslosenversicherung gewährt werden. Durch die Förderung des Baues von Landarbeiterwohnungen, welche nach besonderen, durch den Präsidenten der Reichsarbeitsverwaltung erlassenen Bestimmungen und für Baden nach den vom Minister des Innern ergangenen Anordnungen erfolgt, sollen in erster Linie der Landwirtschaft deutsche Arbeitskräfte zugeführt oder ihr erhalten werden. Es können infolgedessen nur für solche Wohnbauten Darlehen gewährt werden, welche für deutsche Landarbeiter oder ihnen gleichgestellte Personen zur Erstellung kommen. Unter Landarbeitern sind solche Personen zu verstehen, die hauptsächlich als Arbeitnehmer in landwirtschaftlichen Betrieben beschäftigt sind. Den Landarbeitern sind gleichgestellt Gärtner, Gutsbesitzer oder ländliche Handwerker, die überwiegend in Hauswirtschaft bei Landwirten arbeiten, und Forstarbeiter, wenn sie noch einen längeren Teil des Jahres als Arbeitnehmer in landwirtschaftlichen Betrieben tätig sind. Ausnahme können auch Wohnbauten für Bauhandwerker, die überwiegend in landwirtschaftlichen Betrieben tätig sind, gefördert werden, wenn nachweislich nur durch Ausführung der Bauarbeiten eine Abwanderung der Handwerker in die Städte verhindert wird.

Die Darlehen werden bis auf weiteres als **sinslose Darlehen** gewährt und sind in der Regel innerhalb 10 Jahren zu tilgen. Die Höhe der Darlehen wird durch Bervielfältigung der Quadratmeterzahlen der Wohn- und Stallflächen mit festen Einheitspreisen ermittelt. Wohnflächen können bis zu 70 Quadratmeter, Ställe und Scheunen mit einer Nutzfläche bis zu 20 Quadratmeter, insgesamt bei Wohnwohnungen und bis zu 40 Quadratmeter insgesamt bei Eigenheimen je Landarbeiterwohnung in Ansatz gebracht werden. Die Gesamtförderung für je eine Wohnung ohne Stallgebäude usw. darf bei Wohnwohnungen 2100 Mark und bei Eigenheimen 2800 Mark nicht übersteigen.

Die Darlehen sind durch Eintragung einer **erfstelligen Hypothek** zugunsten des Landes sicher zu stellen. Zur Sicherung des Forderungszweckes ist ferner eine beschränkte, persönliche Dienstbarkeit zugunsten des Landes des Inhalts einzutragen, daß die Wohnung auf die Dauer von 50 Jahren nur von deutschstämmigen Landarbeiterfamilien bewohnt werden darf. Der Antrag auf Gewährung von Darlehen für die Erstellung von Landarbeiterwohnungen wird auf einem bei den Bezirksämtern erhältlichen Formular vom Bauherren beim Bezirksamt gestellt. Das Bezirksamt legt die als förderungswürdig anerkannten Anträge dem Minister des Innern zur Genehmigung vor. Die Förderung erfolgt durch Ausstellung einer Anerkennung durch den Minister des Innern. Die Ausstellung der genehmigten Darlehensbeträge kann erst erfolgen, wenn der Bau auf Sodelöhe erstellt und die Eintragung der Hypothek und der beschränkten persönlichen Dienstbarkeit vollzogen ist.

Der internationale Polizeikongress in New-York

Am Montag wurde der internationale Polizeikongress in New-York eröffnet. Von den europäischen Teilnehmern wurde der Wiener Polizeipräsident Schöber besonderer Aufmerksamkeit gewürdigt. Er war gestern Gast des New Yorker Bürgermeisters und nahm an einer Parade der New Yorker Polizei teil. An Bord des Kapag-Dampfers „Deutschland“ veranstalteten verschiedene österreichische Vereine ein Wohlthatigkeitsfest, bei dem Schöber große Ovationen dargebracht wurden. — Wie schon mitgeteilt wurde, hat Präsident Schöber auch zur Internationalen Polizeitechn. Ausstellung in Karlsruhe sein Erscheinen zugesagt.

Unerlaubte Lotterie

In letzter Zeit wurden von einem gewissen R. J. Duggan in Kaduz, angeblich mit Erlaubnis der Vöstensteiner Regierung, Lose der sogenannten „Duggans Dublin Sweep“ in Baden vertrieben. Es wird darauf aufmerksam gemacht, daß diese angeblich mit den Pferden in Epsom (England) im Zusammenhang stehende Lotterie in Baden nicht zugelassen ist und daß sich sowohl die Vertrieber der Lose, als auch die Spieler strafbar machen. Es wird daher vor der Lotterie gewarnt.

Verbandsrat der Gemeindebeamten

In Anwesenheit des Innenministers Kemmele und von Vertretern der staatlichen und städtischen Behörden fand in Forstheim der Verbandsrat der badischen Gemeindebeamten statt. Dabei wurde das Vorgehen von Hohenfeld und 17 weiteren Gemeinden des Amtsbezirks Forstheim getadelt, die die Behauptung aufgestellt hatten, daß die Gemeindebeamten zu hoch bezahlt seien. Minister Kemmele wie auch verschiedene Abgeordnete des Landtages erklärten sich bereit, die berechtigten Forderungen der Gemeindebeamten nach Möglichkeit zu unterstützen. Verbandsdirektor Weiler ließ sich auf die Bitten der Versammlung bewegen, noch ein weiteres Jahr die Gehälter zu führen. Das Verbandsvermögen beträgt rd. 511 000 Mark. Zu den fünf gepädigten Erholungsheimen soll jetzt ein solches am Bodensee künstlich erworben werden. Scharfen Widerspruch fand die Verlängerung des Sperrgesetzes. Reichstagsabgeordneter Dietrich hielt schließlich einen Vortrag über „Die Finanzwirtschaft des Reiches, der Länder und der Gemeinden unter dem Dawes-Gutachten“.

Zentralverband der Angestellten, Gau Baden

hat in Singen a. S. seinen 5. Gau-tag abgehalten. Die Tagung war aus dem ganzen Lande sehr gut besucht. Vertreten waren ferner die befreundeten freien Gewerkschaftsbünde und die Nachbargaue Württemberg und Hessen. Der Geschäftsbericht erstattete Gauvorsitzender Schneider. Die Mitgliederzahl des Gaues betrug am 1. April 1924 10 943 und ging bis zum 1. Januar 1925 auf 9 006 zurück. Besonders nachteilig wirkte sich die Arbeitslosigkeit nach Beendigung der Inflation aus. In manchen Ortsgruppen betrug die Zahl der stillgestellten Angestellten 30 bis 40 Prozent. Die Zahl der Ortsgruppen ging im abgelaufenen Geschäftsjahr von 84 auf 31 zurück. Im Dienste des Gaues stehen neben 3 Bezirksleitern 20 beamtete Kräfte. Die rund 9000 Mitglieder des Verbandes verteilen sich zu zwei Dritteln auf Handel und Industrie, während der Rest sich auf Genossenschaften, soziale Institute usw. verteilt. Die sozialen und wirtschaftspolitischen Forderungen fanden ihren Niederschlag in 4 Resolutionen.

40. Verbandstag des bad. Gastwirteverbandes

Am Montag trafen in St. Blasien die Gastwirte aus allen Teilen des Landes mit mehreren großen Autobussen zu dem von 11. bis 14. Mai stattfindenden Verbandstage des Gastwirteverbandes ein.

Der Präsident des Badischen Gastwirteverbandes, Knopf-Karlsruhe, eröffnete am Dienstag im großen Saale des Kurhauses St. Blasien die Sitzung. Unter den Erscheinenden befand sich auch der Präsident des Deutschen Gastwirteverbandes, Köster-Berlin. Landrat Komund als Vertreter der badischen Regierung, Dr. Koch als Vertreter der Handelskammer Karlsruhe. Präsident Köster nahm hierauf in einem längeren Referat zu den Fragen des Gastwirtsberufes Stellung. Er bekämpfte das Schankstättengesetz und forderte von den gesetzgebenden Körperschaften die Mitarbeit von Vertrauensleuten des Wirtsgewerbes bei der Ausarbeitung dieses Gesetzes. Weiter führte er aus, daß die Nachtverträge auch dahin geprüft werden müßten, ob dem Pächter die Möglichkeit gegeben sei, auf einem realen Betriebe bestehen zu können. Er forderte die Einschränkung des Flaschenbierhandels und wandte sich gegen die Bestrafung der Wirte bei Verabreichung von alkoholischen Getränken an Betrunkene, sowie gegen die Umfassener und die örtliche Getränkesteuer, welche letztere als höchst unsozial bezeichnete wurde. Ferner erbat er eine Steuerfindung für das Wirtsgewerbe als dringend notwendig.

Darauf wurde in die Tagesordnung eingetreten. Nach längerer lebhafter Debatte über die das Wirtsgewerbe betreffenden Fragen wurden verschiedene Entschließungen angenommen, die u. a. Befreiung der Pflicht zur Führung eines Weinsteuerbuchs, Besteuerung des Weines in erster Hand, Abschaffung der städtischen Getränkesteuer, Einschränkung des Flaschenbierhandels fordern und verlangen, daß bei der Erstellung der Konzession der Ausschank von Branntwein ohne weiteres mit einbezogen sei, sowie daß bei öffentlichen Festlichkeiten der Ausschank im Freien nur den Gastwirten gestattet werden dürfe.

Badischer Konditorenverband

Am Dienstag fand in Balingen der 26. Verbandstag des badischen Konditorenverbandes statt. Er hatte einen zahlreichen Besuch aus allen Teilen des Landes aufzuweisen. Nachdem am Montagabend eine Vorstands- und Aufsichtsrats-sitzung stattgefunden, wurden am Dienstag vormittag die Sechswürdigkeiten der alten Jahrgangsstadt beauftragt und am Nachmittag in den geschäftlichen Teil eingetreten.

Die eigentliche Verbandstagung leitete der Vorsitzende des Verbandes, Konditormeister Dehler-Karlsruhe. Nach einem kurzen Rückblick auf die Geschäftslage während und nach der Inflation sprach sich der Vorsitzende ablehnend gegen die Gleichstellung von Bäckereien und Konditoreien aus und begrüßte das zu erwartende Gewerbegesetz, welches eine Trennung der beiden Berufe vorsieht. Als Vertreter des Staates sprach Regierungsrat Wehrle-Karlsruhe über die Ausbildung der Lehrlinge in der Fachschule. — Nach dem Geschäftsbericht betrug der Mitgliederbestand 269. Geschäftsführer Freund-Karlsruhe sprach über die Notwendigkeit der Einführung einer beschränkten Sonntagsarbeit und unterzog auch die Lohnfrage einer eingehenden Kritik. — Als nächster Tagungsort wurde Mannheim bestimmt.

Hierauf anschließend fand eine Tagung der Genossenschaften statt, die der Vorsitzende des Aufsichtsrats, Nagel-Karlsruhe, leitete. Nach dem Geschäftsbericht betrug der Umsatz 186 152

Mark, der Mitgliederbestand ist 140 Genossenschaften. Es wurde betont, daß die alten Anteile nach Möglichkeit aufgewertet werden sollten.

Bezirksstagung des badischen Fleischerverbandes

Dem Bezirksstag des Bezirksvereins Baden im Deutschen Fleischerverband, der am Mittwoch in Lahr ungefähr 400 Fleischermeister aus dem badischen Lande zusammenführte, ging am Vorabend die Fahnweihede der Bezirksmeisterrichtung Lahr voraus. Von 9 bis 1 Uhr gingen am Mittwoch in der Gymnastik-Turnhalle die Verhandlungen des Bezirksstages, die vom Vorsitzenden des Verbandes, Stadtrat Koch in Heidelberg, geleitet wurden, vor sich. Nach der üblichen Begrüßungsrede wurde in Referaten und Resolutionen Stellung genommen zur badischen Fleischsteuer, die scharf bekämpft wurde, zur Umsatzsteuer, die auf ein Mindestmaß herabgesetzt werden soll. Es wurde einer Beteiligung des Fleischerverbandes am öffentlichen Leben das Wort geredet und die Ueberwachung nicht lizenziierter Arbeits- und Verkaufsräume für Fleischwaren verlangt, wobei hauptsächlich auch Hauschlachtungen in Betracht kommen. Unter anderem wurde noch die Gründung einer Bezirksvereinskassette ins Auge gefaßt. Dann wurden die Wahlen vorgenommen. Die auscheidenden Vorstandsmitglieder Groß-Mannheim, Ullrich-Baden-Baden, Erlich-Borsheim, Geißler-Sandhofen bei Mannheim wurden wiedergewählt. Der Ort der nächstjährigen Bezirksstagung ist noch nicht bestimmt.

Tagungen

Tagung der bad. Sanitätskolonnen. Anfangs Juni findet in St. Georgen (Schwarzw.) die 4. Landesversammlung der badischen Sanitätskolonnen statt, die mit einer Übung der Balingen und St. Georger Kolonnen verbunden wird.

Der Badische Verkehrs-Verband wird am 14. Juli in Dürheim seine diesjährige Tagung abhalten.

Der Verein der Kinderspieltheater Badens und der Pfalz wird am 8. und 9. Juli mit dem Verband der süddeutschen Vereine eine Tagung in Karlsruhe abhalten, in der die Interzessen der Kinobesitzer zur Sprache gelangen sollen.

Zum Neubau des Bahnhofes Pfullendorf bewilligte der dortige Bürgerausschuß einen Zuschuß von 7000 Mark. Entsprechend der Zustimmung des Bezirksrates soll die für diesen Zweck notwendige Summe durch einen außerordentlichen Holzschlag gewonnen werden. Aber die vorliegenden Pläne für den neuen Bahnhof, der einstöckig werden soll, ist der Bürgerausschuß nicht besonders befriedigt.

Aus der Landeshauptstadt

Aus dem Karlsruher Verkehrsverein. Am 17. ds. Mts. hielt der Hauptauschuß des Karlsruher Verkehrsvereins eine gut besetzte Vollversammlung im badischen Handelsloshaus ab. Sie wurde in Vertretung des 1. Vorsitzenden, Verbandsdirektors und Stadtrats Leopold Steinel, von dem stellv. Vorsitzenden, Herrn Stadtverordneten Friedrich Lang, geleitet. Der Schrift- und Geschäftsführer, Verkehrsleiter Köhler, berichtete über die von dem Verein in den rückliegenden Monaten geleistete Arbeit und über die Pläne für die nächste Zeit. Die Zahl der Vereinsmitglieder hat sich von 700 auf 766 gehoben. An Propagandadruckfachen ist ein neuer großer Führer (4000 Stück) unter der Presse. Ein großer Stadtplan im Ausmaße von 3/2 m wird demnächst herausgegeben werden, ebenso ein kleiner Stadtplan mit besonderem Umschlag und einem Verzeichnis der Sehenswürdigkeiten. Ferner wird demnächst ein Album mit schönen künstlerischen Ansichten der Stadt erscheinen und eine farbige Aklampostkarte. Eine besonders nachdrückliche Tätigkeit entfaltete der Verein in bezug auf die Werbung von Ausstellungen, Messen, Kongressen, Versammlungen und Tagungen. Für das laufende Jahr sind dahier nicht weniger als 10 Ausstellungen und Messen vorgesehen, darunter die große Schweizer Kunstausstellung, die Ausstellung „Handwerk und Industrie“, die Internationale Polizeitechnische Ausstellung, die zahnhygienische Ausstellung, die Nachausstellung im Installateur- und Klempnergewerbe Deutschlands, die betriebstechnische Wanderausstellung des Vereins deutscher Ingenieure und die süddeutsche Tabakmesse. Unter den bedeutenderen Tagungen und Versammlungen ragen hervor: die deutsche Preisfestwoche, die Polizei-Tagungen während der Polizeitechnischen Ausstellung im Juni (darunter eine deutsche Verkehrsleiter-Konferenz), die Festversammlung des badischen Handwerks, der Tag des deutschen Badensens, der 2. bad. Leibgrenadiertag mit Denkmalseinweihung; an bemerkenswerten sportlichen Veranstaltungen sind zu nennen: der deutsche Rundflug 1925, an den Karlsruhe nach hartnäckigen Bemühungen noch angeschlossen worden ist, die „grüne Woche“ im Juni, das Verbandsfest des Schützenverbandes Baden, Pfalz und Mittelrhein, das Kreis-schwimmfest des 10. deutschen Turngaues, das 10-Stundenrennen des deutschen Motorfahrerverbandes. An anderen namhaften verkehrsbelebenden Veranstaltungen sind zu nennen: der 2. süddeutsche Buchdruckerfängertag mit historischem Festzug am Pfingsten ds. Jrs., das 2. Gaujüngertfest des Karlsruher Sängergaus, das 100-jährige Jubiläum der technischen Hochschule „Friedericianum“ und nicht zuletzt die Karlsruher Herbstwoche mit dem südwestdeutschen Primatag. Für das Jahr 1926 sind bereits 6 Ausstellungen, darunter 2 bedeutendere, in Sicht. Die Errichtung einer zweiten großen Ausstellungshalle mit anschließendem Freigelände sei eine Aufgabe der allernächsten Zeit. Dabei müsse beklagt werden, daß es nicht gelinge, das Gelände des früheren alten Bahnhofs, das jetzt noch immer mit Kleingärten bestellt sei, zur Arrondierung des Ausstellungsgeländes beizuziehen.

Über die Bemühungen des Vereins zur Verbesserung der Zugverbindungen mit dem badischen Lande und mit Karlsruhe im besonderen berichtete der Vortragende eingehend. Die Magabahn weise wiederum nur eine ganz geringe Verbesserung auf und vor allen Dingen werde der Verkehr mit der Pfalz infolge des Fehlens einer festen Rheinbrücke bei Magau auch in absehbarer Zeit noch nicht so ausgebaut werden können, wie es die Interessen der beiderseitigen Abnehmer erforderten. Die Zahl der durchgehenden Züge nach der Pfalz müsse vermehrt werden, kein Zug sollte in Magau enden oder beginnen. Mit allen Mitteln müsse auf die schnellstmögliche Erstellung einer festen Rheinbrücke bei Magau, durch das Reich, hingewirkt werden. Die Murgalbahn sei immer noch nicht ausgebaut, und trotz aller Vorstellungen und Proteste habe sich die deutsche Reichsbahn-A.G. zur Vollendung dieses Torjos noch nicht entschließen können. Das Verlangen der Gewährung verlorener Zuschüsse zu dem Bahnbau durch die Anlieger müsse entschieden abgelehnt werden, da das Reich die Baupflicht für diese Bahn übernommen habe. Die ab 1. Mai in Aussicht stehende Erhöhung der Personalentlohnung müsse wegen der dem Reiseverkehr dadurch drohenden neuen Erhöhungen und Eindämmungen aufs Höchste bedauert werden. Auf die Elektrifizierung der badischen Bahnen abzielende Vorstellungen habe der Verein bei der Reichsbahndirektion Karlsruhe erhoben. Die Aussichten hierauf seien nicht unangünstig. Da es jetzt in Karlsruhe an einem großen, geräumigen und mit den erforderlichen Einrichtungen (Gas, Wasser, Strom, Straßenbahn- und Eisenbahnverbindung) versehenen Platz für die Aufnahme großer

Freilandausstellungen und großer Wettspiele fehle, habe der Verein an die Stadtverwaltung die Bitte gerichtet, der Gewinnung eines solchen Platzes baldmöglichst näher zu treten. Es stehen für die nächsten Jahre derartige Veranlassungen in Aussicht, sofern es möglich ist, das erforderliche Gelände hierfür bereit zu stellen. Der Karlsruher Reiterverein hat sich erfreulicherweise entschlossen, die sogenannten Rennwiesen in der Eitlingerstraße für den Ausbau dieser Rennen in Stand zu setzen und mit neuen, modernen Einrichtungen zu versehen. Die großen Rennen werden künftig nicht mehr im Spätherbst sondern im Frühjahr abgehalten werden. Nach 2 stündiger anregender Verhandlung, schloß der Vorsitzende die Versammlung.

An alle Auslandswanderer

Es wird uns geschrieben: Schon mehrmals warnten Konsulate, Auslandsbehörden und Auslandsdeutsche davor, eine Auslandsfahrt ohne genügende Vorbereitungen und Geldmittel zu unternehmen. Immer und immer wieder müssen wir hier an der Grenze sehen, wie Jungens aus den verschiedensten Gegenden Deutschlands von der Schweizer Grenzpolizei aus der Schweiz ausgewiesen und des Grenzgebietes verwiesen werden. Dies sind meist solche, die irgendwie in Österreich oder Tirol auf italienisches Gebiet und später dann auf Schweizer Gebiet ohne Paß gelangt und einem Schweizer Landjäger in die Arme gelaufen sind. Empfindliche Strafen sind schon verhängt worden, Konfiskation der Geldmittel, Papiere, Wertgegenstände, Arrest bis zu vier Wochen und Mitteilung an die Heimatbehörde. Diese Strafen treffen die einzelnen, die Wirkung aber auf die im Ausland wohnenden Deutschen ist nicht eine gerade angenehme. Der Paß hat sich besonders in den Provinzen Oberitaliens und jetzt auch in den östlichen Staaten freigegeben, und Dr. Ludwig Fink, der vor kurzer Zeit die Deutschen in Siebenbürgen, Ungarn und Rumänien besuchte, hat überall das Mißfallen der Konsulate und der Deutschen in diesen Staaten über unsere Jugendwanderer ausgesprochen bekommen. Nicht nur, daß man es in diesen Ländern einfach nicht versteht, wenn man ohne Paß und Geld wandern will; man ist es auch dem deutschen Ansehen in der Welt und gerade im Ausland schuldig, daß man nicht den Auslandsdeutschen zur Last fällt und den deutschen Namen schädigt. Ludwig Fink bittet, den weitesten Kreisen der wandernden Jugend vor Augen zu stellen, wie ungemein schädigend eine solche Handlungsweise wirken muß. Diese Weltvaganten verdecken dann auch den mit gültigen Ausweisen und Geldmitteln versehenen Wanderern sehr viel. Im Ausland werden noch mehr wie bei uns alle im Stil der Jugendbewegung Wandernden kurzweg als Wanderhölzer verjagt. Damit soll aber nicht gesagt sein, daß man jetzt von Auslandsfahrten Abstand nehmen soll, falls solche richtig vorbereitet und die Teilnehmer mit Paßen, Ausweisen und Geld versehen sind. Und wer absolut mit der Klappe stehen muß, der fange nicht in italienischen Städten und Dörfern herum. Die Leute dort haben nämlich auch ein Gefühl für Paß und zwar kein schlechtes.

Im Wellenmeer der Radiotechnik. Den Rundfunkanhängern wurde am Donnerstag im Konzerthaus ein erläuternder Vortrag mit einem Film geboten. Zunächst wurde die erfreuliche Mitteilung gemacht, daß die Ursachen des schlechten Empfangs gefunden sind und nunmehr in Verhandlungen mit der Behörde schweben, diese Fehler zu beseitigen. In kurzer Zeit wird also auch Karlsruhe einen guten, einwandfreien Empfang erhalten. Der Vortrag mit der Filmbildführung zeigte die Anfänge der Radiotechnik und ihre Verbesserungen und Fortschritte bis zum heutigen Tage. Zur Aufnahme des Filmes diente der Hamburger Sender. Alle zum Rundfunk

gehörigen Apparate, Geräte und Teile wurden bildlich erläutert. Die Radiotechnik arbeitet stets an weiteren Verbesserungen. Auch gibt es heute Vorfahrer, die ausgezeichnete Resultate im Bau von selbstgefertigten Geräten und Apparaten erzielt haben. Die Radiotechnik schreitet vorwärts und die Rundfunkteilnehmer mehrten sich von Tag zu Tag. Der Vortrag war gut besucht.

Rundgebung für den Bäderbau in Deutschland. In den Tagen vom 4. bis 7. Juni wird in Karlsruhe eine Rundgebung für den Bäderbau stattfinden, wie sie bisher in Deutschland wohl noch nicht erlebt worden ist. Anschließend werden die einzelnen Verbände getrennte Tagungen abhalten, so die Hauptversammlung der Deutschen Gesellschaft für Bäderbau, die 18. Jahresversammlung des Vereins Deutscher Bädermänner u. a. Ein reichhaltiges Unterhaltungsprogramm wird die Tagung unterführen.

Einreiseerlaubnis für Elsaß-Lothringen. Während die Bestimmungen bezgl. Richtlinien für die Einreise aus Deutschland nach Innerfrankreich, vor allem Paris, seit einiger Zeit erleichtert worden sind, bestehen die verschärfte Sonderbestimmungen für die Einreise nach Elsaß u. Lothringen weiter. Es sei darauf hingewiesen, daß ein Visum für Frankreich nicht ohne weiteres auch für Elsaß u. Lothringen gilt, sondern daß hierzu besondere Paßvermerke notwendig sind. Deutsche Reisende, die dies nicht wußten, hatten in der letzten Zeit große Annehmlichkeiten.

Falsche Dollarnoten. Nach Mitteilungen des amerikanischen Konsulats in Stuttgart sind gefälschte Dollarnoten in Umlauf. Es handelt sich um folg. Noten: Doll. 5 Federal Reserve-Noten auf die Federal Reserve-Bank of New York, Doll. 20 Federal Reserve-Noten auf die Federal Reservebank of Boston, Massachusetts, Doll. 10 Nationalbanknoten auf die Chatham and Phenix Nationalbank of the City of New York.

Verordnende Milchpreisfestung. Nach einer Mitteilung des Präsidenten der Landwirtschaftskammer Gebhardt in der gestrigen Generalversammlung des badischen Molkereiverbandes wird nach einem Beschlusse zwischen den Städten und den Erzeugerorganisationen ein Milchpreisabstufung von 2 Pf. eintreten.

Bad-Konzert. Die vortrefflichen Künstler: Gabriele Karcher, Basel, (Sopran), Dr. August Groß, aus Strassburg (Violine), Dr. Albert Groß aus Strassburg (Flöte) und Dr. Johannes Müller aus Strassburg (Orgel), die vor kurzer Zeit in der Stadtkirche einen hervorragenden schon verlaufenen Bach-Abend gab, haben sich, auf mehrfachen Ersuchen hin, entschlossen, ein zweites Bach-Konzert folgen zu lassen und zwar kommenden Sonntag, den 17. Mai, abends 8 Uhr, in der Christuskirche. Der Vorverkauf wurde der Konzertdirektion Kurt Neufeldt übertragen.

Vorausichtliche Witterung für 16. Mai: Heiter, sehr warm, strichweise, besonders im Gebirge einzelne Wärmegewitter, östliche Winde.

Kurze Nachrichten aus Baden

Baden-Baden, 14. Mai. Heute fand die Preisverteilung in dem internationalen Schachturnier Baden-Baden statt. Den ersten Preis erhielt Aljechin-Franzreich in Höhe von 1500 M., den zweiten Preis Rubinstein-Polen, den dritten der junge Berliner Meister Szemisch.

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen

	15. Mai		14. Mai	
	Geld	Mark	Geld	Mark
Amsterdam 100 G.	168.69	169.11	168.07	169.09
Kopenhagen 100 Kr.	78.81	78.99	78.95	79.13
Italien . . . 100 L.	17.175	17.215	17.20	17.24
London . . . 1 Pf.	20.363	20.413	20.358	20.408
New York . . . 1 D.	4.19	4.21	4.19	4.21
Paris . . . 100 Fr.	21.88	21.94	21.90	21.96
Schweiz . . . 100 Fr.	81.185	81.385	81.19	81.39
Wien 100 Schilling	59.055	59.075	59.55	59.57
Prag . . . 100 Kr.	12.432	12.472	12.43	12.47

Zuteilung überall 100 Prozent

Der Londoner Feingoldpreis. Nach einer Bekanntmachung der Devisenbeschaffungsstelle vom 13. Mai ds. Jrs. beträgt der Londoner Goldpreis für eine Unze Feingold 84 sh 11½ d. bzw. für ein Gramm Feingold 32,777 pence.

Badisches Landestheater

Spielplan 16. bis 26. Mai 1925.

Im Landestheater:

Samstag, den 16. Mai * Th. G. 2301—2500 Boccaccio 7—10 Uhr (7.—)

Sonntag, den 17. Mai * Th. G. 3501—3700 Margarete 6 bis 9 Uhr (8.—)

Montag, den 18. Mai Volkshöhle 9 Faust II. Teil; 6½ bis 11 Uhr (4.80). Der IV. Rang ist zum Verkauf für das allgemeine Publikum freigegeben.

Dienstag, den 19. Mai * C 23 Th. G. 2501—2700 Don Juan 6½ bis 9 Uhr (7.—)

Mittwoch, den 20. Mai * G 24; Die heilige Johanna 7 bis 10½ Uhr (4.80).

Donnerstag, den 21. Mai (Sinnestheater) * E 24 Th. G. 6401—6600 Rienz 6—10 Uhr (8.—)

Freitag, den 22. Mai * B 24; Th. G. 6001—6200 Der Barbier von Sevilla 7½—10 Uhr (7.—)

Sonntag, den 23. Mai * D 24; zum erstenmal: Der Kreidekreis. Spiel in 5 Akten. Nach dem Schluß des 4. Aktes. 7—10 Uhr (4.80).

Sonntag, den 24. Mai * A 24 Madame Butterfly 7—9½ Uhr (8.—)

Montag, den 25. Mai Volkshöhle 9 Faust II. Teil 6½—11 Uhr (4.80). Der IV. Rang ist zum Verkauf für das allgemeine Publikum freigegeben.

Dienstag, den 26. Mai * C 24 Der Kreidekreis 7—10 Uhr (4.80).

Im Konzerthaus

Sonntag, den 17. Mai * Kamerspiele: Moderner Romantik-Abend. Eine glückliche Ehe. Vorher: Die Frage an das Schicksal. 7—10 Uhr (3.80).

Dienstag, den 19. Mai * Th. G. II. Soub. Br. Kamerspiele: Moderner Komödien-Abend. Eine glückliche Ehe. Vorher: Die Frage an das Schicksal. 7½—10 Uhr (3.80).

Sonntag, den 24. Mai * Aufführung: Amerikanische Frauen. Lustspiel in 3 Akten von Owen Hopwood 7½—9½ Uhr (3.80). Vorher: Die Frage an das Schicksal. 7—10 Uhr (3.80).

Donnerstag, den 21. Mai nachm. 4—5 Uhr: allgemeiner Vorverkauf und weiterer Austausch von Montag, den 18. Mai an. Auslösung der Karten für die Teilnehmer der Th. G. jenseits am Vortrag der Aufführung in der Geschäftsstelle (9—1, 4—6 Uhr).

Sonntag, 17. Mai, 8 Uhr
In der Christuskirche
Bach-Konzert

Ausführende:
Gabriele Karcher (Basel) Sopran
Dr. August Groß (Straßburg) Violine
Dr. Albert Groß (Straßburg) Flöte
Dr. Johannes Müller (Straßburg) Orgel
Karten zu M. 3.—, 2.— und 1.— bei
Kurt Neufeldt, Waldstr. 39

Festhalle
Mittwoch, 20. Mai, abends 8 Uhr
Kaperfahrten II. Teil des
Graf Felix von Luckner

Kaperfahrt, Strandung des „Seeadlers“, Robinsonleben auf der Insel Vopelia, 2300 Seemellen im kleinen offenen Boot über den Ozean, Gefangenname, Flucht, neue Kaperfahrt.
Der Reinertrag ist für die neue Weltreise des Grafen Luckner bestimmt.
Karten zu M. 3.—, 2.—, 1.— zuzüglich Steuer in der Musikalienhandlung Kaiser-Ecke Waldstr.
Fritz Müller

Ausnahme-Angebot! Verkauf zu fabelhaft billigen Preisen Damen- u. Herrenstrickwesten M. 12 Strickkostüme M. 40, ferner empfehle ich mein reichhaltiges Lager in Kurzwaren, Strümpfe etc.
Heinrich Erb, Markgrafenstr. 26 (nächst Kronenstr.)
Jeder Käufer erhält gegen Inseratvorweisung 5% Rabatt.

Die Wahl der ärztlichen Sachverständigen betr.

Als ärztliche Sachverständige des Oberversicherungsamts Mannheim (§ 1686 R.V.D.) wurden für die Jahre 1925 bis mit 1928 von der Beschlusssammer des Oberversicherungsamts gewählt: a) für Chirurgie: Reg.-Med.-Rat Dr. Hauck und Reg.-Med.-Rat Dr. Bräuninger, b) für innere Medizin: Stadt-Krankenambulantendirektor Dr. Kesting, Bezirksarzt I. Med.-Rat Dr. Jiz, Bezirksarzt II. Med.-Rat Dr. Manz, c) für Augenheilkunde: Dr. Fuchs, d) für Hals-, Nasen- und Ohrenkrankheiten: Dr. Heinrich Berner, e) für Lungenkrankheiten: Lungenfacharzt Dr. Garmis, Leiter der städt. Lungenfürsorge, sämtliche in Mannheim. Außerdem wurden zu Vertrauensärzten bestimmt die sämtlichen Bezirksärzte unseres Dienstbezirks und in geeigneten Fällen die Direktoren der Universitätsklinik Heidelberg und Würzburg sowie der Direktor der Heil- und Pflegeanstalt Wiesloch. A.710
Mannheim, den 7. Mai 1925.
Der Direktor des Oberversicherungsamts Mannheim.

Anzahlung gering

Die letzten Neuheiten für Frühjahr u. Sommer

Anzüge, Ersatz für Maß, Covercoats
Gummimäntel, Sport-Anzüge, Sport-
hosen, Windjacken, Cufaways
Knaben-Anzüge

Nur beste Stoffe und prima Zutaten
— kommen zur Verarbeitung. —

Kaufhaus Badenia G. m. b. H.

Kaiserstraße 14a Straßenbahnhaltestelle
Waldhornstraße

Abzahlung bestimmt der Käufer

Bekanntmachung
über den Aufruf und die Einziehung der badischen Banknoten, deren Ausfertigungsdatum vor dem 11. Oktober 1924 liegt.

Auf Grund der §§ 4 Abs. 2 und 12 des Privatnotenbankgesetzes vom 30. August 1924, Reichsgesetzblatt Teil II, Seite 246, rufen wir alle badischen Banknoten, deren Ausfertigungsdatum vor dem 11. Oktober 1924 liegt, hiermit zur Einziehung auf. Mit dem Ablauf des 1. Juli 1925 verlieren die aufgerufenen Noten ihre Eigenschaft als Zahlungsmittel. Die Besitzer dieser Noten können sie noch bis zum 31. Juli 1925 bei den Kassen der badischen Bank in Zahlung geben, oder gegen auf Reichsbanknoten der badischen Bank, oder gegen Reichsbanknoten in dem in § 4 Absatz 2 des Privatnotenbankgesetzes festgesetzten Verhältnis, wonach eine Reichsbanknote einer badischen Banknote gleichzusetzen ist, umtauschen. Nach dem 31. Juli 1925 werden die aufgerufenen Noten kraftlos und erlischt damit auch die Einziehungspflicht der badischen Bank. Noten in Abchnitten unter 10 Millionen Mark sollen nur in Gebänden und in einem durch 10 Millionen teilbaren Betrag eingereicht werden. Die Gebände sollen nach dem im Geldverzeichnisse üblichen Gebänden formiert und gepackt sein.
Mannheim, den 21. März 1925.
Der Vorstand der badischen Bank
Vorsitzender: Stern Neuhäuser.

Die polizeiliche Meldestelle betr.
Wegen Reinigung der Diensträume bleiben die polizeiliche Meldestelle und das Bahnhirn am
Samstag, den 16. Mai 1925
geschlossen.
Karlsruhe, den 15. Mai 1925.
Bezirksamt. — Polizeidirektion.

Ausgewählte Lesestücke zum Studium der politischen Ökonomie

Herausgegeben und eingeleitet von
Professor Karl Diehl und
Professor Paul Mombert

Band I:
Zur Lehre vom Geld,
I. Teil

Band II:
Der Arbeitslohn

Band III:
Von der Grundrente

Verlag G. Braun, Karlsruhe,
Karlsruhstraße 14.

Badisches Landestheater
Samstag, den 16. Mai 1925
Th. G. 2301—2500
Boccaccio

Romische Oper in 3 Akten von F. Zell und A. Genes
Musik von Franz von Suppe
Musikal. Leitung: W. Schweppe
In Szene gef. von S. Busard
Personen:
Giovanni Boccaccio
Hoffmann-Brewer
Pietro
Scalia
Beatrice
Loteringski
Isabella
Lambertuccio
Beronella
Fiametta
Leonetto
Presto
Anfang 7 Uhr Ende 10 Uhr
Sperre I. R. 7.—

Badische Rechtspflege
a. Streitige Gerichtsbarkeit.

A. 699, Karlsruhe. Über das Vermögen des Kaufmanns Josef Grentlich in Karlsruhe, Kronenstr. 56, wurde heute am 13. Mai 1925, nachmittags 4 Uhr, das Konkursverfahren eröffnet, da Gemeinschuldner seine Verbindlichkeiten und Zahlungsunfähigkeit dargetan hat. Der Bücherrevisor Franz Wagner hier wurde zum Konkursverwalter ernannt. Konkursforderungen sind bis zum 20. Juni 1925 bei dem Gerichte anzumelden. Es ist Termin anberaumt vor dem diesseitigen Gerichte zur Beschlußfassung über die Beibehaltung des ernannten oder die Wahl eines anderen Verwalters, sowie über die